

## INHALT

1. Ministerpräsident Albig legt 15 Minuten vor der Plenardebatte Plan für Beamtenbesoldung vor
2. SPD, Grüne und SSW bringen Landesmindestlohngesetz auf den Weg
3. Ein Podium für das Ehrenamt
4. Verbesserung von Lebens- und Futtermittelkontrollen
5. Debatte über EU-Haushalt
6. Umstrittene SPD-Schulveranstaltung Thema im Landtag

20.03.2013

### **Ministerpräsident Albig legt 15 Minuten vor der Plenardebatte Plan für Beamtenbesoldung vor SPD, Grüne und SSW wollen Beamten schlechter als Angestellte stellen**

Noch gestern Abend hatten Vertreter der Gewerkschaften und der Landesregierung die Verhandlungen über die Übertragung des Tarifabschlusses der Angestellten auf die Beamten ergebnislos abgebrochen. Für heute Morgen um zehn Uhr war auf Antrag der CDU-Fraktion eine „Aktuelle Stunde“ zu dem Thema angesetzt. Um 9:45 Uhr informierte Ministerpräsident Torsten Albig die Landtagsfraktionen über einen entsprechenden „Vorschlag des Kabinetts“ (siehe Link).

„Es ist unglaublich: Wenn Herrn Albigs Dialogpartner anderer Meinung sind, erlässt er im stillen Kämmerlein Dekrete und informiert mit 15 Minuten Vorlauf“, kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen.

DBB-Vorsitzende Anke Schwitzer erklärte in einer Pressemitteilung: „Dass nun ausgerechnet die SPD den von ihr geprägten Grundsatz „Verhandeln statt Verordnen“ selbst auf den Kopf stellt, besorgt uns doch sehr.“

In der Sache bleibt Albigs Vorschlag deutlich hinter dem Tarifabschluss für die Angestellten zurück. Tarifliche Anpassungen werden verschoben. Auf besondere Kritik stößt die Absicht, die Tarif- und Besoldungspolitik über die Geltungsdauer der Tarifverträge von zwei Jahren hinaus festzulegen. Dies bezeichnete der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, heute als „Versuch eines einmaligen politischen Diktats“.

Im Landtag behauptete Ministerpräsident Albig: „Bis A 11 sind wir besser“. Er räumte allerdings ein, bei den höheren Besoldungsgruppen lediglich „in der Nähe“, beziehungsweise bei A 14 schlechter zu sein.

Tatsächlich bleibt bei näherem Hinsehen jedoch bereits die Besoldungsgruppe A 5 im Jahr 2014

deutlich hinter dem Angestelltentarifvertrag zurück. Das Argument, der Haushalt ließe eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung nicht zu, wies CDU-Fraktionschef Callsen zurück: "SPD, Grüne und SSW setzen mit ihrer Politik die falschen Prioritäten. Im Vergleich zu 2012 steigen die Ausgaben bis 2014 um mehr als sieben Prozent."

Callsen betonte, die Beamten hätten ihren Sparbeitrag bereits unter der CDU-geführten Vorgängerregierung geleistet. Deshalb habe die CDU die Tarifabschlüsse immer zeit- und wirkungsgleich übertragen: „Ich sage hier klipp und klar für meine Fraktion: Unsere Beamten sind auch 100 Prozent wert“.

Link zum Brief von Albig:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/Albigbeamtenbesoldung.pdf>



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

---

### **SPD, Grüne und SSW bringen Landesmindestlohngesetz auf den Weg CDU warnt vor zusätzlicher Bürokratie für tausende Unternehmen, Institutionen und Vereine**

SPD, GRÜNE und SSW haben heute in erster Lesung einen Entwurf für ein Landesmindestlohngesetz auf den Weg gebracht. Künftig soll die Höhe des im Land geltenden Mindestlohns alle zwei Jahre durch die Landesregierung überprüft und gegebenenfalls durch Rechtsverordnung geändert werden. Jeder Zuwendungsempfänger – also auch Vereine und Institutionen – muss sich verpflichten, den geltenden Mindestlohn zu zahlen. Derzeit sind das 9,09 Euro. Wie die Nachweisführung und die Kontrolle funktionieren sollen, ist derzeit noch völlig unklar. CDU-Fraktionschef Johannes Callsen warnte in seinem Debattenbeitrag deshalb vor zusätzlicher Bürokratie.

Auch erweckten SPD, Grüne und SSW zu Unrecht den Eindruck, dass Niedriglöhne ein generelles Problem auf dem Arbeitsmarkt seien. Die weit überwiegende Mehrheit der Unternehmen in Schleswig-Holstein zahle ordentliche Löhne, die oft über Tarif lägen.

Wie schädlich staatlich organisierte Mindestlöhne seien, zeige das Beispiel Spanien. Dort habe der Mindestlohn die Jugendarbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten noch verstärkt.

Völlig unverständlich sei, dass der Mindestlohn künftig allein von der Regierung per Rechtsverordnung festgelegt werden solle. „So wenig parlamentarisches Selbstbewusstsein sollte selbst Ihnen peinlich sein“, sagte er an die Abgeordneten der Regierungsfaktionen

gerichtet.

Die CDU stehe für ordentliche Löhne. „Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn“, so Callsen.

Link zum Gesetzentwurf von SPD, Grünen und SSW:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0620.pdf>

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0600/drucksache-18-0619.pdf>

---

## Ein Podium für das Ehrenamt

### Frühjahrsempfang der CDU-Fraktion bei winterlichem Wetter

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen nahm es mit Humor: „Einige Gäste kommen etwas später, weil sie noch nicht mit dem Schneeschaukeln fertig sind“, begrüßte er gestern etwa 100 Gäste aus Vereinen, Verbänden und Institutionen zum traditionellen „Frühlingsempfang“ der CDU-Landtagsfraktion. Dieser fand erstmals im Landeshaus statt, um den Bezug zur parlamentarischen Arbeit noch enger herzustellen.

Wie in jedem Jahr stand das ehrenamtliche Engagement im Mittelpunkt der Veranstaltung. Beleuchtet wurde unter anderem die Frage, wie angesichts des demografischen Wandels und veränderter gesellschaftlicher Rahmenbedingungen weiterhin verantwortliche Positionen in Vereinen und Verbänden besetzt werden können.

Dazu diskutierten die Vorsitzende des Landesjugendringes, Alexandra Ehlers, der stellvertretende Landesleiter des Jugendrotkreuzes, Benjamin Janic, und der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Kreisverbandes Nordfriesland, Christian Schmidt, im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

„Wir freuen uns auf Ihre Anregungen für unsere parlamentarische Arbeit“, erklärte Callsen.



Diskussionsteilnehmer mit Moderatorin Christine Ströhm

---

## Verbesserung von Lebens- und Futtermittelkontrollen

### Habeck muss Futtermittelgesetzbuch auch in die Praxis umsetzen!

„Warum geht in Schleswig-Holstein nicht, was in Nordrhein-Westfalen und Bayern längst

Praxis ist?“ – diese Frage stellte heute der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Heiner Rickers, in der Plenardebatte zur Verbesserung von Lebens- und Futtermittelkontrollen. Anlass waren die jüngsten Skandale um falsch deklarierte Lebensmittel. Rickers zeigte sich erstaunt darüber, dass das Futtermittelgesetzbuch bereits seit letztem Jahr ermögliche, Verstöße öffentlich im Internet anzuzeigen, der grüne Umweltminister von dieser Möglichkeit aber nicht Gebrauch mache. Durch die Bekanntgabe im Internet würden sowohl den Verbrauchern als auch dem Handel Möglichkeiten eröffnet, Initiative zu ergreifen.

Die CDU unterstütze alle Maßnahmen, um die Lebens- und Futtermittelkontrollen noch besser zu gestalten. Allerdings wies Rickers auch darauf hin, dass deutsche Lebensmittel bereits heute schon weltweit zu den sichersten und am besten untersuchten gehörten. Da es sich um ein sehr emotionales Thema handle, dürfe die Sachlichkeit in der Diskussion nicht vernachlässigt werden. „Was es mit der CDU nicht gibt, sind undifferenzierte Ablehnung und Hasstiraden gegen die Landwirtschaft!“, stellte Rickers klar.

Alle Skandale der jüngsten Vergangenheit wurden schnell aufgeklärt, weil richtig gehandelt wurde. Kriminelle Energie könne jedoch niemals ganz verhindert werden. Das von Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner angeschobene Gutachten mit dem Ziel, zu mehr Effektivität zu gelangen, sei sehr zu begrüßen. Ungeachtet dessen, sei durch die jüngsten Skandale von falsch deklarierten Eiern über als Rindfleisch deklariertes Pferdefleisch bis hin zu Schimmel im Körnermais, ein großer Imageschaden entstanden. Dieser habe Handel und Erzeuger schwer geschadet. Besonders bedenklich sei, dass es Großerzeugern gelinge Kontrollen zu entgehen, während Kleinproduzenten kontrolliert und geprüft würden, in diesem Zusammenhang begrüßte Rickers die zukünftige Sperrung des Hamburger Hafens für Produkte, bis die Unbedenklichkeit erwiesen sei.



Heiner Rickers, MdL

---

### Debatte über EU-Haushalt

#### **SPD, GRÜNE und SSW fordern neue Schulden für Europa!**

Dass die Regierungskoalition aus SPD, GRÜNEN und SSW nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern auch in Europa auf neue Schulden setzen, hat die heutige Landtagsdebatte über den EU-Haushalt gezeigt. So haben die drei Fraktionen einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht und die Landesregierung aufgefordert, sich für eine Erhöhung des EU-Etats in Brüssel einzusetzen. Mindestens 85 Milliarden zusätzliche Mittel sollen Europäisches Parlament und Europäischer Rat nach diesen Plänen bereitstellen.

Der ehemalige Finanzminister Rainer Wiegard zeigte sich entsetzt über das Vorgehen der

Regierungsfraktionen: „Wieder einmal zeigen SPD, GRÜNE und SSW wofür sie stehen: Für Mehrausgaben und immer neue Schulden. Und genau das fordern sie nun auch vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat!“

Die CDU-Fraktion verweigerte dem Antrag ihre Zustimmung, da jeder einzelne Euro davon nur über zusätzliche Staatsverschuldung möglich sei. „Wohin immer neue Schulden führen, kann man in diesen Monaten in vielen Teilen unseres Kontinents sehen. Nur das linke Dreierbündnis von SPD, GRÜNE und SSW kümmert das überhaupt nicht. Lieber verschließen Herr Stegner und seine Kollegen die Augen vor den dramatischen Folgen immer neuer Schulden“, unterstrich Wiegard.

Anstatt die Europäische Union mit zusätzlichen Schulden zu belasten, müsse die Qualität der Förderprogramme erhöht werden. Ziel müsse stets eine maximale Effizienz der Mittelverwendung sein. Diese sei nicht mit zusätzlicher Bürokratie, sondern mit einer höheren Flexibilität in der Umsetzung zu erreichen. Den Regionen müsse eine Förderpolitik im Einklang mit ihren regionalen Bedürfnissen erlaubt werden, ohne die europapolitischen Ziele zu gefährden.



Rainer Wiegard, MdL

---

### **Umstrittene SPD-Schulveranstaltung Thema im Landtag Schulen müssen weiterhin mit Politikern sprechen dürfen**

Das Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtags diskutierte heute (20. März 2013) auf Antrag der FDP-Fraktion über die parteipolitische Neutralität von Schulen. Anlass war eine Veranstaltung an einer Norderstedter Schule im vergangenen Dezember. Bei besagter Veranstaltung in Norderstedt diskutierten gleich drei Abgeordnete der SPD während der Schulzeit mit den Schülern. Anderen Parteien wurde nicht die Möglichkeit gegeben sich an der Diskussion zu beteiligen.

Daraufhin hatte die FDP-Fraktion ein Gutachten zur Auslegung des Schulgesetzes hinsichtlich der parteipolitischen Neutralität von Schulen beim wissenschaftlichen Dienst des Landtags in Auftrag gegeben.

Der wissenschaftliche Dienst kommt nun zu dem Schluss, dass es im Rahmen der parteipolitischen Neutralität nicht ratsam sei, bei Veranstaltungen während des Unterrichts nur den Vertretern einer einzelnen Partei die Möglichkeit zu geben, ihre Meinung den Schülern zur Kenntnis zu bringen.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen, forderte in ihrem heutigen Debattenbeitrag, dass Schulen auch weiterhin mit Politiker sprechen dürfen. „Dass die Schulen dabei ihre politische Neutralität zu wahren haben, versteht sich von selbst. Parteipolitische Veranstaltungen einer einzigen Partei gehören deshalb nicht in den Unterricht“, so Franzen im Hinblick auf die durchgeführte Veranstaltung.

Schulveranstaltungen dürften nicht für Parteiwerbung missbraucht werden. Die Bildungsministerin habe dafür Sorge zu tragen, dass an den Schulen jeder Verdacht parteipolitischer Einflussnahme auf die Schülerinnen und Schüler vermieden werde, so Franzen.

„Wir müssen jedoch aufpassen, dass wir die Schulen, die sich parteipolitisch neutral mit Politik beschäftigen nicht durch diese Diskussion verschrecken. Schulen müssen weiterhin mit Politikern sprechen dürfen. Unser aller Ziel muss es sein, junge Menschen für Politik zu begeistern und ihnen zu zeigen, dass Politik auch cool sein kann“, so Franzen abschließend.

Link zum Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/0900/umdruck-18-0965.pdf>



Heike Franzen, MdL

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)